

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfd.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfd., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfd.; amtlich 1 mm 30 Pfd. und 24 Pfd.; Reklame 25 Pfd. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwanzeiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 228

Dienstag, den 30. September 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Im Monat Oktober 1930 werden folgende Steuern fällig:

Am 1. dieses Monats:

Beiträge zur Landesbrandkasse nach 1 1/2 % RpsG. je Versicherungseinheit.

Feuerschutzsteuer

Schulengebühr

Hundsteuer.

Steuerschulden sind mitzubringen.

Die Einhebung erfolgt in der üblichen Weise durch unseren Beamten.

Am 5. dieses Monats:

Aufwertungssteuer. Die Pflichtigen werden aufgefordert, die Beträge zur Vermeidung zwanzeiger Beitreibung pünktlich an unser Steueramt abzuführen. Schriftliche Mahnung erfolgt nicht.

Am 15. dieses Monats:

Staats- und Gemeindegeldsteuer 3. Termin 1930.

Wasserzins für die Zeit vom 1. 7. bis 30. 9. 1930.

Kirchensteuer 3. Termin 1930

Vom Tage der Fälligkeit der Steuern ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich. Das Mahnverfahren beginnt am 21. 10. 1930.

Pulsnitz, am 29. Sept. 1930.

Der Stadtrat

Mittwoch, den 1. Oktober 1930, vormittags 11 Uhr sollen in Pulsnitz, Restaurant zum Bürgergarten

1 Spulmaschine, 1 Ladentafel, 1 Schreibmaschine

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 30. Sept. 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Vor folgenschweren Entscheidungen

Verhandlungen zwischen Hindenburg, Brüning und Braun
6 % Gehaltskürzung

Das Reichskabinett trat am Montagabend zur letzten redaktionellen Sitzung des Regierungsprogramms zusammen. Die Beratungen des Kabinetts über den sachlichen Inhalt des Programms sind damit abgeschlossen. Nach einer Sitzung des Kabinetts am Dienstag, in der Reichskanzler Brüning die Richtlinien für die weitere politische Behandlung des Programms dem Kabinett vorzutragen dürfte, wird er sich zum Reichspräsidenten von Hindenburg begeben, um ihm über das Ergebnis der Kabinettsberatungen Vortrag zu halten. In Regierungskreisen nimmt man an, daß der Reichspräsident das Programm Brüning genehmigen und die erforderlichen Vollmachten für seine Durchführung erteilen wird.

Hierauf wird der Reichskanzler mit den Parteien des Reichstages in Verbindung treten und sie vor die Frage stellen, ob sie das Regierungsprogramm annehmen wollen oder nicht. Verhandlungen über Einzelheiten und etwaige Abänderungen des Programms sind aber nicht beabsichtigt. Das Programm soll also in den bisherigen Absichten der Regierung in unveränderter Form vom Reichstag angenommen werden.

Unmittelbar im Anschluß an den Besuch beim Reichspräsidenten wird Reichskanzler Brüning voraussichtlich eine Besprechung mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun haben, die sich in der Hauptsache auf die Frage erstrecken soll, wie sich Preußen im Reichstag zu dem neuen Programm der Regierung stellt. Da der preussische Finanzminister Söpler-Mohr an den Beratungen des Reichskabinetts in weitgehendem Maße beteiligt worden ist, nimmt die Reichsregierung an, daß Preußen im Reichstag sich für

Das Programm Brüning aussprechen wird. Von politischem Interesse ist weiter die Frage, inwieweit Braun in der Lage sein wird, die Reichstagsfraktion der SPD. zu bewegen, dem Programm der Regierung Brüning zuzustimmen. Das Programm der Reichsregierung dürfte nach den bisherigen Feststellungen für die Sozialdemokratie nur unter schwersten Bedenken annehmbar sein. Brüning beabsichtigt jedoch, die Reichstagsfraktion der SPD. vor die klare Frage zu stellen, ob sie für sein Programm ist oder nicht.

Die Stellung des preussischen Ministerpräsidenten zum Programm der Regierung Brüning dürfte daher von ausschlaggebender Bedeutung werden. Auch die Frage, was werden soll, wenn der Reichstag dem Programm Brüning die Zustimmung verweigern sollte, wird bereits erörtert. Wie in einem solchen Falle verfahren werden würde, scheint aber noch nicht festzustehen. Jedoch darf man als sicher annehmen, daß Brüning in diesem Falle nicht zurücktreten würde, da er das volle Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt. Die Gesetze würden dann eben auf einem anderen als dem parlamentarischen Wege durchgeführt werden.

6 v. H. Gehaltskürzung

Berlin, 30. September. Nach Berliner Blättern weiß der Sozialdemokratische Pressedienst zu melden, daß das Reichskabinett am Montag seinen anfänglichen Beschluß auf Umwandlung des Notopfers von 2 1/2 v. H. in eine Reichshilfe von 5 v. H. fallen gelassen und statt dessen eine generelle Gehaltskürzung in Höhe von 6 v. H. beschlossen habe. Ein Antrag auf 10 prozentige Kürzung sei abgelehnt worden. Die

„DAB“ erfährt noch, daß die Gehaltskürzung bei den Reichsministern 20 v. H. betragen solle.

Arbeitsstreckung bei der Reichsbahn

Zu den Verhandlungen zwischen Reichsbahnverwaltung und Eisenbahngewerkschaften über die notwendigen Einschränkungen auf personellem Gebiet teilt die Reichsbahn mit: Am planmäßige Entlassungen von Arbeitern in größerem Umfang in der Bahnunterhaltung und in den Werkstätten zu vermeiden, hat die Reichsbahnverwaltung mit den Gewerkschaften für das Vierteljahr Oktober—Dezember 1930 folgende Vereinbarung geschlossen:

1. Die Arbeitszeit in der Bahnunterhaltung wird im Monat Oktober 1930 von 9 auf 8 Stunden herabgesetzt. Außerdem wird im November 1930 eine Feiertagsarbeit eingeleitet werden.

2. In den Reichsbahnausbesserungswerken werden in den Monaten Oktober bis Dezember 1930 je 1,66 Feiertagsstunden, gleich insgesamt 40 Arbeitsstunden, eingelegt werden. Die Arbeitszeit bleibt von 8 1/2 auf 8 Stunden gekürzt.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft bekundet durch den Abschluß dieser Vereinbarung ihr ernstliches Bestreben, planmäßige Entlassungen von Arbeitern in größerem Umfang in der Bahnunterhaltung und den Ausbesserungswerken in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1930 zu vermeiden und wird das gleiche auch für die Zeit bis zum 31. März 1931 zu erreichen befreit sein.

Biersteuerkrawalle in Hamburg

Am Montag nachmittag veranstaltete das „Groß-Hamburger Gastwirtsgerwe“ bei Sagebiel eine große Protestkundgebung gegen die vom Senat beantragte Einführung der Bier- und Getränkesteuer. Zur Unterstützung dieser Kundgebung haben sämtliche Hamburger Wirtschaften, Restaurants, Kaffeehäuser usw. ihre Betriebe seit 14 Uhr geschlossen.

Im Anschluß an die Kundgebung zogen große Trupps von Arbeitnehmern des Gastwirtsgerwes, denen sich auch Kommunisten und Erwerbslose angeschlossen, zum Rathausmarkt. Unterwegs wurden einige Lokale, die nicht geschlossen hatten, besüßelt, die Angestellten und Gäste aus den Lokalen gejagt und die Schließung der Betriebe erzwungen. Die Polizei erwies sich diesem Vorgehen gegenüber als machtlos.

Sodann zog die erregte Menschenmenge vor das Hamburger Rathaus, wo die Hamburger Bürgerschaft am Montagabend die neuen Steuererlasse verabschieden will. Die Menge forderte durch Rufe die Ablehnung der neuen Steuern. Erst nach Eintreffen eines stärkeren Polizeiaufgebots konnte der Rathausmarkt geräumt und die nähere Umgebung abgeriegelt werden.

Der Reichswahlausschuß stellt das endgültige Wahlergebnis fest

Unter Vorsitz des Reichswahlleiters, Geheimrat Wagemann, fand am Montagmittag eine Sitzung des Reichswahlausschusses statt, um das endgültige Ergebnis der Reichstagswahlen festzustellen. Die Aufgabe des Reichswahlausschusses bestand lediglich darin, die Berechnung der Reststimmen für die Reichstagswahlen vorzunehmen. Die Berechnung wurde vom Reichswahlausschuß genehmigt. Die

Wahlbeteiligung betrug 82 Prozent. Insgesamt sind 34 956 723 gültige Stimmen und

267 741 ungültige Stimmen abgegeben

worden. Der neue Reichstag besteht aus 577 Abgeordneten. Im Verlaufe der Sitzung des Reichswahlausschusses wanderten sich die Abgeordneten Laverenz und Dittmann gegen die Art der Verteilung der Reststimmen auf den gemeinsamen Reichswahlvorschlag der Volkstonservativen, des Landvolkes und der Hannoveraner. Dieses Vorgehen entspreche nicht dem Sinn und Geist des Wahlgesetzes, das verlange, daß Mandate auf die Reichsliste erst entfallen, wenn in einem Wahlkreisverband ein Mandat erzielt worden ist. Präsident Wagemann stellte fest, daß es sich hier um eine

Rüde im Reichswahlgesetz

handle, das kein direktes Verbot eines solchen Zusammengehens enthalte. Im übrigen wurde angekündigt, daß auch vor dem Wahlprüfungsgericht diese Frage zur Sprache gebracht werden soll. Weiterhin bemängelte Abgeordneter Laverenz, daß in einigen Wahlkreisen fremdsprachige Wahlvorschläge zugelassen worden sind, so ein Wahlvorschlag der Polen und ein Wahlvorschlag der Lausitzer Serben. Hierzu wurde darauf hingewiesen, daß in Oberschlesien die polnische Sprache als Landessprache zugelassen sei und daß im übrigen der Reichswahlausschuß keinen Einfluß auf die Zulassung der Kreiswahlvorschläge habe.

Neues Aktionsprogramm des Reichsbanners.

„Das Reichsbanner soll aus seiner Passivität heraustreten.“

Wilhelmshaven. Der Führer des Reichsbanners, Göring, sprach in Wilhelmshaven vor einer Reichsbannerversammlung. Die Wahl, so führte er u. a. aus, habe den republikanischen Parteien eine Niederlage gebracht, aber um so mehr müsse die Republik jetzt verteidigt werden, wenn es sein müßte, sogar mit dem Leben. Göring wandte sich gegen die Regierung Dr. Brüning und stellte drei Forderungen auf, die jetzt in den Vordergrund gerückt werden sollen: 1. Erhaltung der Republik; 2. Ausbau der Republik in sozialer und demokratischer Hinsicht; 3. Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen.

Göring kündigte dann ein Programm des Reichsbanners an, das er im Einverständnis mit der Bundesführung aufstellen werde. Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Göring gegen die Nationalsozialisten und besonders gegen Hitler. Es sei jetzt an der Zeit, daß das Reichsbanner aus seiner Passivität heraustrete. Die Gewerkschaften würden nicht nur die bloße Faust spüren.

Eine Weltweizenkonferenz?

Weil das Weizenangebot größer ist als der Verbrauch.

Genf. Die Wirtschaftskommission des Völkerbundes erläßt in ihrem Bericht über die landwirtschaftliche Weltlage, daß die allgemeine Depression auf die große Steigerung der Produktion über den Verbrauch zurückzuführen ist. Aus den Ziffern geht hervor, daß während die Weizenernte in Nordamerika, Europa und Nordafrika um 2 460 500 bis 3 444 700 Tonnen geringer als im Vorjahre ist, sie in Indien um 2 952 600 Tonnen und auf der südlichen Halbkugel um 4 921 000 Tonnen größer als im Vorjahre ist. Auch in der Sowjetunion soll Weizenüberschuß vorhanden sein. Das Angebot ist also viel stärker als die Nachfrage. Als eine der vorgeschlagenen Maßnahmen wird angeregt, eine Weltkonferenz zusammenzuberaufen, um neue Wege zur Verwendung des Weizens für industrielle Zwecke zu finden.